



II-4436 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

10. Jänner 1992

Zl. 353.110/1-I/6/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

1913 IAB
1992 -01- 10
ZU 1911 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat VOGGENHUBER, Freundinnen und Freunde haben am 12. November 1991 unter der Nr. 1911/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung des Gallup Instituts und der Dr. Karmasin Marktforschung über Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Österreich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sehen Sie angesichts des manifesten Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit die Notwendigkeit zum politischen Handeln. Wenn nein, warum nicht?
2. Wenn ja, was gedenken Sie in Ihrem Verantwortungsbereich zu tun?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Anfrage betrifft zwar nicht unmittelbar einen Gegenstand der Vollziehung des Ressortbereichs des Bundeskanzlers. In politischer Hinsicht fühle ich mich von der in der Anfrage angesprochenen Thematik allerdings in hohem Maße betroffen.

- 2 -

Ich habe meine Meinung zu Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wiederholt klar zum Ausdruck gebracht, zuletzt in der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1794/J. Ich verweise, um mich nicht stereotyp wiederholen zu müssen, auf diese Beantwortung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber ergänzend folgendes bemerken:

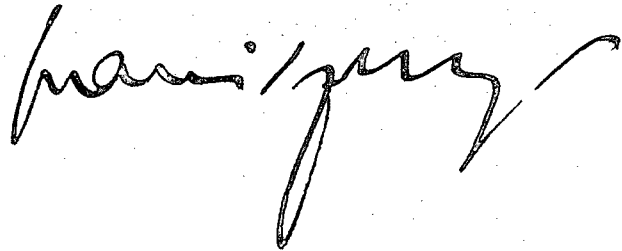
Es steht außer Frage, daß es auch in Österreich fremdenfeindliche Tendenzen gibt. Diesen Tendenzen ist entgegenzutreten und ich für meine Person habe das in der Vergangenheit getan und werde es auch in Zukunft tun, wann und wo immer ich dazu aufgerufen bin. Es ist allerdings festzuhalten, daß die Negation, die Ausgrenzung dessen, was als fremd angesehen wird, zutiefst soziale und psychologische Ursachen hat. Xenophobe Reaktionen sind Reaktionen auf vermeintliche eigene Bedrohungssituationen. Gerade darin liegt die Schwierigkeit, aber auch die Herausforderung, ihnen mit den Instrumentarien der Politik wirksam entgegenzutreten. Fremdenfeindlichkeit ist allerdings ein Phänomen, dessen Ende sich nicht politisch dekretieren läßt.

Es ist freilich auch einer begrifflichen Unschärfe entgegenzutreten: Die Armut in den osteuropäischen Ländern und die dadurch ausgelösten Wanderungsbewegungen nach west- und zentraleuropäischen Staaten führen auch in diesen zu erheblichen Problemen. Wenn es beispielsweise einem österreichischen Arbeiter droht, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, weil er durch eine billigere Arbeitskraft aus einem osteuropäischen Land ersetzt wird, so ist sein Vorbehalt gegen Zuwanderungen nicht von vornherein als fremdenfeindlich zu etikettieren; ihm geht es um die Wahrnehmung seiner ökonomischen Interessen. Unbeschränkte Zuwanderung ist daher nicht die Lösung der ökonomischen Krise Osteuropas, sie ist vielmehr deren Export. Aus diesem Grund ist die Bundesregierung bemüht, Schwarzarbeit zu bekämpfen sowie die Einwanderung effektiver als bisher zu reglementieren und zu kontrollieren.

- 3 -

Darüber hinaus ist es aber erforderlich, den Staaten Osteuropas beim Aufbau neuer ökonomischer und sozialer Strukturen zu helfen. Die Bundesregierung hat daher schon bisher diese Staaten, gemessen an der Größe und Leistungskraft der österreichischen Wirtschaft, weit überdurchschnittlich unterstützt. Sie wird dies auch künftig tun.

Alle diese Maßnahmen sind nicht zuletzt darauf gerichtet, der Ideologie der Fremdenfeindlichkeit in Österreich von vornherein den Boden zu entziehen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainz' or similar, with a long, sweeping flourish extending to the right.